

Unverkäufliche Leseprobe



R. M. Douglas
Ordnungsgemäße Überführung
Die Vertreibung der Deutschen nach dem
Zweiten Weltkrieg

556 Seiten mit 16 Bildern und 3 Karten. Paperback
ISBN: 978-3-406-65441-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/12309163>

EINLEITUNG

Jedes Jahr findet am Morgen des 1. September eine Zeremonie auf dem Munitionsdepot Westerplatte über der Hafeneinfahrt von Gdańsk (Danzig) statt – an der Stelle, auf die das Schlachtschiff *Schleswig-Holstein*, das unter dem Vorwand eines Flottenbesuchs aus Deutschland gekommen war, 1939 die ersten Schüsse des Zweiten Weltkriegs abfeuerte. Zum 70. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen nahm Angela Merkel 2009 mit anderen internationalen Politikern an der Gedenkfeier teil. Sie war als erstes bundesdeutsches Regierungsoberhaupt dazu eingeladen. Dies war an sich schon bedeutsam genug. Doch befand sich die Bundeskanzlerin darüber hinaus in einer besonders delikaten Lage, denn in Deutschland näherte sich der Bundestagswahlkampf seinem Höhepunkt. Viele Anhänger der CDU waren sich der Tatsache bewusst, dass Gdańsk nicht nur der Ort des ersten unprovokierten Angriffs des NS-Regimes auf einen Nachbarstaat war, sondern fünf Jahre später auch einer der Teile Ostdeutschlands, aus denen Millionen von Zivilisten unter großem Leiden und mit vielen Todesopfern vertrieben wurden. Angela Merkel sah sich damit vor dem scheinbar unauflösbaren Dilemma, potenziellen Wählern zu versichern, dass sie die Vertreibungen und ihre Folgen für Deutschland nicht vergessen habe, ohne ihre Gastgeber und die Weltmeinung an einem Tag zu brüskieren, der eher dem Andenken an polnisches als an deutsches Leid gewidmet war.

Ihre Lösung bestand darin, zwei sehr unterschiedliche Botschaften an ihre jeweiligen Zuhörer auszusenden. In einem ARD-Interview am Morgen erklärte die Kanzlerin, die deutschen Verbrechen während des Krieges seien gewaltig gewesen, «dennoch ist auch die Vertreibung von weit über zwölf Millionen Menschen aus den Gebieten des ehemaligen Deutschlands und heutigen Polens natürlich ein Unrecht, und auch das muss benannt werden». Mehrere Stunden später äußerte sie sich in ihrer Ansprache auf der Wester-

platte in konzilianterem Ton zu dem Thema. Sie erkannte die alleinige Verantwortung Deutschlands für das zerstörerischste Kapitel der Geschichte Europas und der Welt an und sagte: «Der von Deutschland entfesselte Krieg brachte unermessliches Leid über viele Völker – Jahre der Entrechtung, der Erniedrigung und der Zerstörung.» Das deutsche Volk erinnere sich zwar auch an das Schicksal jener, die nach dem Mai 1945 ihre Heimat verloren, doch sie versicherte ihren Zuhörern, dies geschehe nicht in der Absicht, «irgendetwas an der immer währenden geschichtlichen Verantwortung Deutschlands umschreiben zu wollen. Das wird niemals geschehen.»¹

Einige Kommentatoren erwähnten den unterschiedlichen Tenor der beiden Äußerungen und waren der Meinung, beide seien zu einem so bedeutenden Anlass unpassend gewesen. Mehrere Zeitungen schrieben, die Tatsache, dass die Kanzlerin das Thema überhaupt angesprochen habe, sei ein durchsichtiger Versuch, bei ihren Wählern zuhause Sympathiepunkte zu sammeln. Im Allgemeinen wurde Angela Merkels Gdańsker Ansprache aber im In- und Ausland gut aufgenommen. Man lobte sie weithin für das Geschick, mit dem sie sich auf einem Gebiet bewegt hatte, das für Deutschland wie für seine Nachbarn zu einem politischen Minenfeld geworden war. Sogar die *Berliner Zeitung*, die in den meisten Fragen anderer Meinung war als die Kanzlerin, gestand ihr zu, sie habe für den Anlass «zwar die richtigen Worte gefunden, aber einige davon zum falschen Zeitpunkt ausgesprochen».²

Mit dem Hinweis auf die Sensibilität des Themas hatten die Kommentatoren sicher nicht übertrieben. Seit dem sogenannten Historikerstreit Mitte der achtziger Jahre, als Andreas Hillgruber versucht hatte, die Nachkriegsvertreibungen und den Holocaust als unterschiedliche Manifestationen desselben tiefliegenden und weit über NS-Deutschland hinausreichenden Impulses zur ethnischen «Rationalisierung» Europas darzustellen, hatte die Frage auch in jüngerer Zeit ihr Konfliktpotenzial bewiesen. Glücklicherweise ist kein namhafter Historiker Hillgrubers irrigem Versuch gefolgt, den Holocaust und die Vertreibungen in denselben Zusammenhang zu rücken. Dennoch wurden optimistische Vorhersagen aus den Jahren direkt nach der deutschen Wiedervereinigung, bald sei die Zeit gekommen, wo eine reife und abgeklärte Debatte über das Thema endlich möglich sei, rasch widerlegt. Die bitteren Auseinandersetzungen, die Mitte der neunziger Jahre zwischen den Vertriebenenverbänden sowie ihren politischen Unterstützern und den

Regierungen der Tschechischen Republik und Polens aufflammten, waren kaum abgeklungen, als der Vorschlag der Stiftung Zentrum gegen Verreibungen, einen dauerhaften Gedenkort in Berlin einzurichten, neuen Unmut erzeugte. Obwohl die Bundesregierung die Besorgnisse von Vertriebenengruppen wie von Nachbarstaaten zu zerstreuen suchte, indem sie 2008 die Verantwortung für das Projekt an sich zog, hat sich der Sturm der Kritik im In- und Ausland bis heute nicht gelegt. Zu einem Zeitpunkt, wo die jüngsten noch lebenden Vertriebenen, die als Kinder nach Deutschland kamen, um die 70 Jahre alt sind, während die Generation, die direkt nach dem Krieg alt genug war, um sich an ihre Erfahrungen zu erinnern, zum größten Teil gestorben ist, scheint es nicht unmöglich, dass die Kontroverse über die Verreibungen die Vertriebenen selbst überlebt.

Vielleicht sollte uns das nicht überraschen. Die deutsche Behandlung angeblicher Feinde in der Ära des Nationalsozialismus war so unvorstellbar brutal und das Erbe des Krieges so zerstörerisch und dauerhaft, dass die Wiederherstellung dessen, was die Historiker Konrad Jarausch und Michael Geyer treffend eine «zerbrochene Vergangenheit» nennen, vielleicht niemals ganz zu erreichen ist. Auffälliger ist aber, dass ein so großer Teil der Diskussion dieses düsteren und konfliktgeladenen Kapitels weitgehend abgelöst von den Einzelheiten seiner Geschichte geführt worden ist. Bemerkenswerterweise fiel kaum einem Kommentator in Deutschland oder anderswo auf, dass Angela Merkel, wenn man nach ihrem Morgeninterview vom 1. September 2009 ging, anscheinend glaubte, dass alle der «weit über zwölf Millionen Menschen», die nach dem Krieg vertrieben wurden, aus dem Vorkriegsdeutschland oder aus Polen kamen – eine Aussage, die zum einen die zahlreichen Deportierten aus Südosteuropa ignorierte und zum anderen implizierte, das ehemalige Sudetenland habe schon vor 1938 zum Deutschen Reich gehört. Der lapsus linguae der Kanzlerin wäre wohl kaum so leicht überhört worden, wenn es sich um einen Aspekt des Zweiten Weltkriegs gehandelt hätte, dessen grundlegende Tatsachen den meisten Deutschen vertrauter sind.

Mit diesem Hinweis will ich nicht an die inzwischen weitgehend widerlegte These anknüpfen, die Verreibungen seien bis vor kurzem ein «Tabu» gewesen – zumindest in der Bundesrepublik. Es ist zweifellos richtig, dass die Bonner Regierung der fünfziger Jahre das Andenken an die Verreibun-

gen im Dienst des Kalten Kriegs stark instrumentalisierte, während es später im Interesse einer neuen Entspannung und angesichts des schwindenden politischen Einflusses von Vertriebenengruppen offiziell abgeschwächt wurde, wie der Historiker Manfred Kittel jüngst betont hat. Nur weil die Vertreibungen niemals «unaussprechlich» waren, konnte man jedoch nicht zu jedem Zeitpunkt alles und jedes darüber äußern. Vielmehr gab es in Deutschland und ganz Mitteleuropa in der Nachkriegsepoche starke offizielle und inoffizielle Versuche, den Diskurs von Öffentlichkeit und Medien darüber zu kontrollieren und die Diskussion in erwünschte Bahnen zu lenken. Einer der wichtigsten, aber vielleicht auch erfolglosesten Versuche war die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene mehrbändige *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, die ab 1953 erschien. Doch viele nichtstaatliche Akteure waren nicht weniger aktiv darin, die Debatte definieren und kontrollieren zu wollen. Dabei beanspruchten Vertriebenenorganisationen auf der Basis der persönlichen Erlebnisse ihrer Mitglieder oft ein unangreifbares Wissensmonopol. Ihre Gegner versuchten die Diskussion dagegen ganz abzubrechen, indem sie jede undiplomatische oder unsensible Äußerung von Funktionären der Landsmannschaften als klaren Beweis für revanchistische oder revisionistische Ziele nahmen. Dass solche Versuche, die Debatte zu bestimmen oder abzuschließen, ihr Ziel nicht erreichten, bedeutet nicht, dass sie stets ohne Wirkung blieben.

Innerhalb Deutschlands hat sich nach dem Krieg die Kontroverse um den Umgang mit den Vertreibungen fast nur um «Erinnerung» statt um «Geschichte» gedreht – anders gesagt stand die Frage im Mittelpunkt, *wie* man sich an sie erinnern und sie darstellen soll, nicht *woran* erinnert werden soll. Man könnte daraus schließen, es existiere in Wissenschaft und Öffentlichkeit ein stabiler Konsens darüber, was mit der deutschsprachigen Bevölkerung Mittel- und Südosteuropas zwischen 1944 und 1950 geschah. Doch das Gegenteil ist der Fall. Über fast alle wichtigen Punkte herrschen nach wie vor große Meinungsunterschiede und noch größere Verwirrung: so grundlegende Fragen wie die Zahl der Todesopfer während der Vertreibungen (und selbst die Frage, was als vertreibungsbedingter Todesfall zu zählen ist); wie viele Menschen unter welchen Bedingungen vor ihrer Deportation interniert waren; ob die Hauptverantwortung für die Operation bei den Vertreibungsstaaten selbst liegt, bei der Sowjetunion oder den Westalliierten;

und ob die Vertreibungen einen Bruch des Völkerrechts darstellten oder in Übereinstimmung damit stattfanden. In gewissem Maß ist die Suche nach Antworten durch den bis vor kurzem fehlenden Zugang zu relevanten Dokumenten erschwert worden. Doch Historiker haben auch in der Vergangenheit solche Hindernisse überwunden, und es ist schwer, die vielen Lücken in unserem Wissen anderen Faktoren als dem Widerwillen führender Forscher in Deutschland und anderswo zuzuschreiben, diesen Problemen die Aufmerksamkeit zu widmen, die sie verdienen.

Weit mehr als irgendwelche angeblichen «Tabus» hat der Grad an Gleichgültigkeit und Unwissen unter Historikern und in der Öffentlichkeit einem ruhigen und produktiven Umgang mit der Geschichte der Vertreibungen entgegen gewirkt. Natürlich muss man das einschränken. Eine Bibliographie von Gertrud Krallert-Sattler listete 1989 über 4000 Titel auf, die verschiedene Aspekte von Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg behandelten – eine Zahl, die in den letzten zwei Jahrzehnten weiter gestiegen ist. Die große Mehrzahl dieser Studien konzentrierte sich aber auf die am wenigsten umstrittene Dimension der Vertreibungen: die Neuansiedlung und Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Die meisten wandten sich an ein Fachpublikum. Die übrigen waren überdurchschnittlich oft autobiographische, polemische oder apologetische Texte. Es ist also kein Wunder, dass immer noch so viel Verwirrung in der deutschen Öffentlichkeit über Wesen und Umfang der Vertreibungen herrscht. Eine im Dezember 2002 vom Bonner Haus der Geschichte durchgeführte aufschlussreiche Untersuchung hat gezeigt, dass nur 10 Prozent der Befragten die Zahl der Vertriebenen korrekt zwischen 10 und 20 Millionen einordnen konnte; bei denen unter 30 Jahren waren es nur 4 Prozent. Die meisten Befragten schätzten die Zahl viel zu niedrig, entweder unter 5 oder zwischen 5 und 10 Millionen, der Durchschnitt lag bei 5,6 Millionen statt bei der tatsächlichen Zahl von 12–14 Millionen. Weniger als zwei von fünf Personen konnten Schlesien, eines der Hauptvertreibungsgebiete, auch nur annäherungsweise auf einer Karte finden – ein geringerer Anteil als die Zahl der Personen, die bei einer früheren Befragung Äthiopien lokalisieren konnten. Das sind bemerkenswerte Ergebnisse, wenn man bedenkt, dass heute fast drei von zehn Deutschen selbst vertrieben wurden oder die Kinder oder Enkel von Vertriebenen sind.

Während die Geschichte der Vertreibungen in Deutschland zu wenig bekannt ist, kann man für den Rest der Welt ohne Übertreibung sagen, dass sie bis heute das am besten gehütete Geheimnis des Zweiten Weltkriegs ist. Die Dimensionen einer Abwesenheit statt einer Präsenz zu bestimmen, ist natürlich problematisch, dennoch kann man nahezu sicher sein, dass an westeuropäischen und nordamerikanischen Universitäten die überwiegende Mehrheit der Studenten selbst in Fächern wie Neuerer Geschichte Europas, Internationalen Beziehungen und Politologie ihr Studium abschließt, ohne je etwas von einer der schlimmsten menschengemachten Katastrophe gehört zu haben, die den Kontinent nach 1945 traf und auch den blutigen Zerfall Jugoslawiens in den neunziger Jahren weit übertrifft. Das Gleiche gilt in noch größerem Maße für Politiker, Intellektuelle, Medien und die breite Öffentlichkeit in diesen Ländern. Auch hier darf man die allgemeine Unwissenheit über die Vertreibungen, ihren Kontext und ihre Folgen nicht auf irgendeine Verschwörung des Schweigens schieben. Vielmehr haben westliche Historiker mit wenigen, aber lobenswerten Ausnahmen ein auffallendes Desinteresse für die Mittel gezeigt, mit denen eine der zu Beginn des 20. Jahrhunderts ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältigsten Regionen der Welt am Ende des Jahrhunderts zu einem Gebiet von bemerkenswert hoher nationaler Homogenität geworden war.

Der bei deutschen wie nichtdeutschen Forschern vorhandene Widerwille, diesem Kapitel den Platz zu geben, den es in ihren Nationalgeschichten und der gesamteuropäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts verdient, ist sicherlich verständlich. Außerhalb Deutschlands nicht weniger als innerhalb rückt jede Diskussion der Vertreibungen sofort eine Vielzahl höchst unbequemer und immer noch sehr konfliktgeladener Fragen in den Vordergrund. Für die Deutschen selbst provoziert es eine Debatte über das Verhalten der volksdeutschen Minderheiten während des Krieges und darüber, inwieweit sie ihr späteres Schicksal selbst verschuldeten. Für Polen, Tschechen, Slowaken und Bürger anderer Vertreibungsländer verkompliziert und untergräbt es eine Reihe nationaler Erzählungen, in denen Deutsche ausschließlich als Täter und die eigenen Völker ausschließlich als Opfer erscheinen. Darüber hinaus weckt es Befürchtungen über die Dauerhaftigkeit juristischer Arrangements, durch die ehemals deutsches Eigentum an seine heutigen Besitzer geriet. Für Bürger der alliierten Staaten, besonders der USA und Großbri-

tanniens, provoziert es Fragen nach der Mitwirkung ihrer Staatsführer und Völker an einem der größten Fälle massenhafter Menschenrechtsverletzungen in der modernen Geschichte, die zumindest in einigen Aspekten eine verstörende Ähnlichkeit mit Teilen der Versuche NS-Deutschlands zeigten, das demographische Gesicht des Kontinents zu verändern. Kurz gesagt, aus der Geschichte der Vertreibungen gehen nur wenige der direkt Beteiligten, wenn überhaupt jemand, in positivem Licht hervor. Es überrascht also nicht, dass große Zurückhaltung herrscht, eine so chaotische, komplexe, moralisch belastete und sozial kontroverse Episode, die bis heute für politischen Zündstoff sorgt, in eine Geschichte zu integrieren, die die meisten Menschen immer noch mit Recht als Kreuzzug – oder nach amerikanischem Sprachgebrauch als «Good War» – gegen eines der monströsesten Regime der Neuzeit ansehen.

Auf lange Sicht ist diese Weigerung, sich mit den Vertreibungen und ihrer Bedeutung nicht nur für die europäische Geschichte, sondern für unsere heutige Welt auseinanderzusetzen, aber nicht aufrechtzuerhalten. Vom pragmatischen Standpunkt aus überlässt es das Feld Personen wie den Holocaust-«Revisionisten», die die Vertreibungen mit der Ermordung der europäischen Juden als einander aufhebende «Kriegsverbrechen» gleichsetzen und so die Geschichte skrupellos für ihre Zwecke missbrauchen. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ignoriert es die Revolution in der Geschichtsschreibung Mitteleuropas, die seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums 1989 in Gang gekommen ist. Mit der Öffnung staatlicher Archive in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und zumindest einigen jugoslawischen Nachfolgestaaten traten immer mehr gut recherchierte empirische Studien der politischen Umstände und Durchführung der Vertreibungen an die Stelle polemischer und unhistorischer Darstellungen. Obwohl auf diesem Gebiet noch ein gewaltiges Maß an Forschung zu leisten ist, verändern die bahnbrechenden Studien von Tomáš Staněk für Tschechien, Bernadetta Nitschke und Bernard Linek für Polen, Soňa Gabzdilová und Milan Olejník für die Slowakei, Vladimír Geiger und Zoran Janjetović für das ehemalige Jugoslawien und noch viele andere unser Verständnis der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte Mittel- und Südosteuropas. Ihre Arbeit ist durch eine ungewöhnlich talentierte Gruppe junger Forscher in Nordamerika ausgeweitet und ergänzt worden, unter denen Chad Bryant, David

Curp, Benjamin Frommer, David Gerlach, Eagle Glassheim, Padraic Kenney, Jeremy King, Andrea Orzoff und Tara Zahra zu nennen sind. Für sie alle sind die Vertreibungen und ihre Folgen Schlüsselfaktoren dafür, was diese Länder nach dem Zweiten Weltkrieg wurden und was sie trotz des Zusammenbruchs des Kommunismus in vieler Hinsicht noch heute sind. Auch deutsche Historiker wie Mathias Beer, Detlef Brandes, Hans Lemberg, Philipp Ther und Stefan Wolff haben in den letzten 15 Jahren sehr wichtige Beiträge geliefert, obwohl paradoxerweise die verständliche Sorge vieler deutscher Forscher, die Diskussion der Vertreibungen könne zur Grundlage einer selbstmitleidigen «Opfermentalität» werden, die Fragen nach der Schuld an NS-Verbrechen in den Hintergrund treten lassen würde, der Debatte in Deutschland einen schärferen Ton gegeben hat als anderswo.

Was gegenwärtig aber fehlt, ist eine Studie der Vertreibungen, die sie von allen Seiten betrachtet – von ihren frühesten Ursprüngen an und in allen betroffenen Ländern – und ihre Geschichte bis in die Gegenwart fortschreibt, wo sie immer noch einen langen Schatten auf das Geschehen in Europa und der Welt werfen. Dies versucht das vorliegende Buch zu leisten. Natürlich kann kein einzelnes Werk das ganze Themenspektrum eines so umfang- und facettenreichen Aspekts der europäischen Geschichte umfassen. Ich habe bestimmte Elemente betont, die meiner Meinung nach besondere Aufmerksamkeit verdienen: die Durchführung der Massenvertreibungen, der Archipel von Konzentrations-, Internierungs- und Sammellagern, der in ganz Mitteleuropa nach dem Krieg entstand, die Implikationen der Vertreibungen für die Entwicklung des Völkerrechts und die zu wenig beachtete Mitwirkung der Westalliierten bei der Operation, die weit über bloße Zustimmung hinausging. Ich erhebe aber keinen Anspruch auf eine enzyklopädische Behandlung des Themas, selbst wenn das in einem einbändigen Überblick möglich wäre. Manche Teile des Puzzles fehlen immer noch und werden erst durch die Öffnung der relevanten Archive zugänglich werden. Hierzu zählt vor allem die vollständige Geschichte der Rolle der Sowjetunion, aber auch die Ereignisse in Rumänien und im früheren Jugoslawien. Andere Aspekte werden aus Zeit- und Platzgründen nicht so detailliert untersucht, wie manche Leser es zu Recht für angemessen halten mögen. Dennoch muss man irgendwo anfangen, allen Lücken und Mängeln dieses Buches zum Trotz. Wenn ich bei der Auseinandersetzung mit der Komplexität des Themas zu-

mindest ein provisorisches und etwas wackliges Gebäude errichten kann, das spätere Historiker hoffentlich durch größere, massivere und dauerhaftere Bauwerke ersetzen, hat es seinen Zweck erfüllt.

Es ist angemessen und notwendig, gleich am Anfang explizit zu sagen, dass sich kein legitimer Vergleich zwischen den Vertreibungen nach dem Krieg und den deutschen Verbrechen an Juden und anderen unschuldigen Opfern zwischen 1939 und 1945 ziehen lässt. Die NS-Verbrechen in Mittel- und Osteuropa sind von kaum zu überbietendem Ausmaß. In der gesamten Weltgeschichte findet sich nichts, was sie übertraf oder ihnen gleichkam, mit der möglichen Ausnahme der jüngsten Enthüllungen über das maoistische China. Deutschlands Nachbarn litten schwer und unverdient während des Zweiten Weltkriegs und wurden dadurch schwer traumatisiert. Was immer nach dem Krieg geschah, lässt sich nicht mit den Gräueltaten gleichsetzen, die vorher von Deutschen begangen wurden, und Behauptungen des Gegenteils – darunter denen von manchen Vertriebenen – sind moralisch wie historisch unangemessen. Nichts, was ich in diesem Buch geschrieben habe, sollte etwas anderes suggerieren.

Hieraus lässt sich aber nicht schließen, die Vertreibungen seien unabwendbar, notwendig oder gerechtfertigt gewesen. Natürlich vertraten die Vertreibungsländer diese Position. Damals wie heute haben außenstehende Beobachter aus verständlichen Gründen wenig Neigung gezeigt, der Einschätzung von Völkern zu widersprechen, die so schwer unter der deutschen Besatzung litten. Wenn wir aber die größte Zwangsumsiedlung in der Menschheitsgeschichte aus der Nähe betrachten, erweist sie sich als tragisches und destruktives Kapitel, das seine Ziele nie erreichte – nicht einmal unter den extremen Umständen im Nachkriegseuropa, die allein als Rechtfertigung dafür hätten dienen können, wenn überhaupt eine möglich gewesen wäre.

In diesem Buch habe ich relativ wenig Gebrauch von direkten Aussagen von Vertriebenen gemacht, wie sie etwa in der *Dokumentation der Vertreibung* und ähnlichen Sammlungen veröffentlicht wurden. Das ist durchaus beabsichtigt. Es mag zunächst seltsam erscheinen, die Stimmen der am unmittelbarsten Betroffenen nicht in den Vordergrund zu stellen, aber die Tatsache, dass die Vertreibungen für so viele Menschen nach wie vor ein umstrittenes und emotionales Thema sind, erfordert außergewöhnliche Sorgfalt bei der Verifizierung von Quellen. In den fünfziger und sechziger Jahren

war es eine weitverbreitete Strategie, die Glaubwürdigkeit der Zeugen anzugreifen, um den Wahrheitsgehalt der Ereignisse zu leugnen, die in Werken wie der *Dokumentation der Vertreibung* beschrieben wurden. Deutsche Vertriebene, so der Vorwurf, hätten ein persönliches Interesse daran, das ihnen zugefügte Leid zu übertreiben, um die eigene Mitschuld an Verbrechen herunterzuspielen. Die Aussage des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš von 1945, «man solle natürlich nicht allen deutschen Geschichteten glauben, denn die Deutschen übertrieben immer und seien die ersten, die klagen und im Ausland um Mitgefühl bitten würden», erschien vielen überzeugend. Ich habe es darum zur Regel gemacht, direkte Aussagen von Vertriebenen nicht zu verwenden, wenn sie nicht durch andere unabhängige Quellen belegt sind. Im Laufe meiner Forschung sah ich, dass ich dadurch nur wenig verlor, denn das in der *Dokumentation der Vertreibung* gezeichnete Bild wurde durch die Berichte von humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz, anderen Nichtregierungsorganisationen, westlichen Diplomaten und Funktionsträgern, Journalisten und vor allem durch die Archivbestände der Vertreibungsstaaten selbst bestätigt.

Es fehlt der Raum, um hier mehr als einer Handvoll der vielen Menschen zu danken, die mir während eines Forschungsprojekts halfen, das mehr Jahre in Anspruch nahm, als ich am Anfang zu glauben wagte. Dass dieses Buch überhaupt existiert, ist drei Menschen zu verdanken, ohne die es sicher nie das Licht der Welt erblickt hätte. Jane Pinchin, die erste Präsidentin der Colgate University, reagierte auf meine endlos wiederholten Klagen, es gebe kein Buch dieser Art, mit dem Ratschlag, doch mit dem Jammern aufzuhören und es selber zu schreiben. Die Versicherung meines großartigen Agenten Sam Stoloff von der Literaturagentur Frances Goldin, es werde erscheinen, als ich befürchtete, es werde jenseits meiner Familie und meines zunehmend vereinnahmten Freundeskreises keine Aufmerksamkeit erregen – ein Versprechen, das er trotz großer Schwierigkeiten einlöste –, hob meine Moral wieder, als sie auf dem Tiefpunkt war. Vor allem meine Frau Elizabeth, meine Partnerin bei diesem wissenschaftlichen Vorhaben und sehr viel mehr als das in meinem Leben, weiß, wieviel das Erscheinen dieses Buches ihr schuldet. Dass es ihr gewidmet ist, kann nur ein schwacher Dank sein.

Ich möchte auch einigen Menschen meinen Dank aussprechen, die große Mühe auf sich nahmen, um mir zu helfen. Besonders wertvolle Unterstüt-

zung erhielt ich von Martina Čermáková und Michaela (Misha) Raisová von der Karls-Universität Prag und von Karolina Papros von der Universität Warschau. Die unvergleichlichen Fabrizio Bensi und Daniele Palmieri vom Archiv des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf halfen mir stets weiter, ebenso Fania Khan Mohammad von der Bibliothek des IKRK. Vlasta Mešťánková vom Nationalarchiv der Tschechischen Republik half mir ebenso bereitwillig und kompetent wie allen anderen, die auf diesem Gebiet arbeiten, und Oberst Josef Žikeš und seine Mitarbeiter vom Zentralen Militärarchiv in Prag unternahmen große Anstrengungen, um relevantes Material für mich zu finden. Gleiches taten Amy K. Schmidt, die Spezialistin für Volksdeutsche im Nationalarchiv der USA, und Paola Casini und Romain Ledauphin vom Archiv der Vereinten Nationen, New York. Meine ehemaligen Kollegen an der Colgate University, Dr. Jim Bjork (jetzt King's College, London) und Professor Jonathan Wiesen (jetzt Southern Illinois University) lasen Teile des Manuskripts, wie auch Professor Timothy Waters (Maurer School of Law, Indiana University), Dr. Kevin White (University of Portsmouth), Professor Rob Nemes (Colgate) und Mic Moroney (Dublin). Professor Daisuku Yamamoto vom Geographischen Institut der Colgate University lieferte unschätzbare kartographische Hilfe in letzter Minute. Ihnen allen danke ich zutiefst für ihre Kenntnisse und Ratschläge. Schließlich stellte das Colgate University Research Council, durch das ich 2007 ein Mellon-Forschungsstipendium erhielt, sicher, dass die finanzielle Unterstützung, die für den Abschluss des Buches nötig war, nicht ausblieb. Ich bin ihnen allen und den vielen hier nicht Genannten zu Dank verpflichtet.

Kapitel 1

DER PLANER

Eine Woche nach der Münchner Konferenz vom September 1938 formulierte der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš sein Rücktrittsschreiben. Nach einem Vierteljahrhundert im Zentrum des politischen Lebens der Tschechoslowakei und fast drei Jahren als unangefochtenes Staatsoberhaupt war er innerhalb einer Woche politisch bedeutungslos geworden. Während die Großmächte sich in München über die Zukunft seines Landes stritten – die Tschechoslowakei durfte nicht einmal eine Delegation entsenden –, musste Beneš hilflos zusehen, wie sein Lebenswerk in Trümmer fiel. Zwei Jahrzehnte zuvor hatte er als Außenminister der Provisorischen Tschechoslowakischen Regierung und rechte Hand des «Vaters der Republik» Tomáš Garrigue Masaryk hinter den Kulissen der Pariser Friedenskonferenz auf brillante Art verhandelt und als Lobbyist gewirkt. Dadurch erreichte er die Zustimmung der Großmächte zu einem größeren Territorium für den neuen Staat, als die optimistischsten seiner Landsleute zu hoffen gewagt hatten. Nun musste er zusehen, wie dieselben Mächte Hitlers Forderung nach einer Teilung der Tschechoslowakei akzeptierten, für deren Entstehung und Bewahrung er so unermüdlich gearbeitet hatte. Über ein Viertel ihres Territoriums, das deutschsprachige Sudetenland, das an drei Seiten in einem breiten Streifen entlang der Landesgrenze verlief, und ein vergleichbarer Anteil der Bevölkerung sollten an den aggressiven Nachbarn im Norden abgetreten werden, um einen neuen Weltkrieg abzuwenden. Binnen zwei Wochen nach dem Münchner Abkommen hatte sich die tschechoslowakische Regierung völlig aus dem Sudetenland zurückgezogen, das sofort in Gaue aufgeteilt und ins Reich integriert wurde. Der Rest der Tschechoslowakei musste sich ohne französische und britische Verbündete so gut es ging mit Hitler einigen. Nachdem er sechs Monate lang ununterbrochen in der von Goebbels kontrollierten Presse als Deutschlands Hauptfeind verteufelt worden war, wusste Beneš, dass er diese Aufgabe nicht



Abb. 1. Edvard Beneš

übernehmen konnte. Er ging ins Exil und nahm einen Lehrstuhl an der Universität Chicago an, wo auch sein Mentor Masaryk vor dem Ersten Weltkrieg Philosophie gelehrt hatte.

Obwohl die Weltmeinung wegen der Art, wie Beneš aus dem Amt getrieben worden war, mit ihm sympathisierte, herrschte allgemeiner Konsens, dass der Gebietstransfer an Deutschland «notwendig und grundsätzlich gerecht» gewesen sei, wie die Londoner *Times* es ausdrückte.¹ Die Bewohner des Sudetenlands, wie Tschechen und Slowaken bis 1918 Bürger des österreichisch-ungarischen Reichs, waren nie gefragt worden, ob sie der Tschechoslowakei angehören wollten. Hätte man sie gefragt, so hätte die überwiegende Mehrheit sich für das Zusammengehen mit ihren deutschsprachigen Landsleuten in der neuen Republik Österreich ausgesprochen. Indem man das Sudetenland der Tschechoslowakei gab, wurden die Deutschen zur zweitstärksten Bevölkerungsgruppe des neuen Staates, weit vor den Slowaken. Alliierte Diplomaten waren daher 1919 besorgt, dies könne die Assimi-

lierungskraft des jungen Staates übersteigen. Doch Beneš und Masaryk setzten sich über solche Sorgen hinweg. Während tschechoslowakische Truppen «Fakten schufen», indem sie die Ende 1918 in den deutschsprachigen Regionen Böhmens und Mährens geschaffenen provisorischen Regierungen gewaltsam unterdrückten, überzeugten die beiden Politiker die Alliierten, nur eine starke Tschechoslowakei könne eine neue deutsche Hegemonie in Mitteleuropa verhindern. Das Sudetenland mit seiner florierenden, exportorientierten Industrie sei für die Wirtschaft der Tschechoslowakei unverzichtbar. Ohne dieses Gebiet sei das Land nicht militärisch zu verteidigen, da es keinen Schutz gegen Angriffe von Norden, Westen und Süden habe. Etwas wider besseres Wissen und im Widerspruch zu Präsident Woodrow Wilsons ausdrücklicher Unterstützung des Selbstbestimmungsprinzips stimmten die Alliierten zu, «Hunderttausende protestierende Magyaren und ein paar Millionen unwillige Deutsche» in den neuen Staat einzugliedern, wie der britische Premier David Lloyd George sich später reuevoll erinnerte.² Beneš versprach dagegen den Alliierten, die unabhängige Tschechoslowakei solle ein multinationaler Musterstaat werden. Die Rechte der sudetendeutschen Minderheit würden vom umfangreichsten Schutzsystem des nationalen Rechts und des Völkerrechts in Europa profitieren. Deutsch würde nach seinen Worten «die zweite Sprache des Landes» sein und im öffentlichen Leben «auf Grundlage der Gleichheit» mit dem Tschechischen behandelt werden. Die Rechte der Sudetendeutschen sollten durch ein Nationalitätengesetz nach Schweizer Vorbild geschützt werden. Das Prinzip der proportionalen Vertretung werde verhindern, dass sie einer Tyrannei der tschechischen Mehrheit ausgesetzt seien.

In der Realität erreichte die Erste Republik niemals diese hehren Ziele. Obwohl die Verfassung die Gleichheit aller Bürger «ohne Ansehen von Rasse, Sprache oder Religion» erklärte, existierte stets eine Spannung zwischen «der Absicht, einen [...] modernen, demokratischen Staat aufzubauen [...] und der vielleicht psychologisch begreiflichen, aber praktisch undurchführbaren Tendenz, diesen Staat vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, zu einem Instrument der nationalen Aspirationen des tschechischen und slowakischen Volkes zu machen».³ Wenig geschah, um Beneš' Versprechen einzulösen, die Tschechoslowakei werde «eine Art Schweiz» werden. Tatsächlich hätte das eine Großzügigkeit und Weitsicht erfordert, deren Notwendigkeit

nur wenige Tschechen einsahen, nicht einmal Beneš selbst. Es hätte die Republik auch zu einem ganz anderen Land gemacht, als die tschechischen Nationalisten es sich erträumt hatten. Unter der Habsburgermonarchie waren Tschechen und Slowaken von den dominierenden deutschen und ungarischen Sprachgruppen wenig beachtet worden. Nun lag die Macht in ihren Händen, und die Versuchung, die Verhältnisse einfach umzukehren, war fast unwiderstehlich. Sogar der populäre und versöhnliche Tomáš Masaryk, der selbst eine deutschstämmige Mutter hatte und als Kind besser Deutsch als Tschechisch sprach, gab ihr manchmal nach, indem er etwa in seiner Antrittsrede seine sudetendeutschen Mitbürger wenig glücklich als «Einwanderer und Kolonisten» bezeichnete.⁴ Viele weniger diplomatische Tschechoslowaken machten kein Hehl aus ihrer Überzeugung, die deutschsprachigen Bewohner, der Rest einer fremden und repressiven Kultur, hätten keinen Platz in ihrer neuen Republik. Obwohl die Deutschen eine Minderheit in der Tschechoslowakei waren, vergaßen die Tschechen nie, dass sie selbst eine kleine Sprachinsel in Mitteleuropa bildeten, in dem zehnmal mehr deutschsprachige Menschen lebten. Die «Tschechoslowakei» war in sich bereits ein zerbrechliches Gebäude, mit dem nicht einmal ein großer Teil der Slowaken ganz einverstanden war. Die kulturellen Eigenheiten eines weiteren Volkes zu integrieren, konnte Separatismus säen und letztlich zum Zerfall des Staates führen.

Nach der Münchner Konferenz erklärten viele westliche Verteidiger der Tschechoslowakei einstimmig, «diese Deutsch-Böhmen waren die am besten behandelte Minderheit in Europa».⁵ Die Wahrheit war komplizierter. Gewiss wurden die Sudetendeutschen nie zum Ziel systematischer staatlicher Verfolgung, obwohl körperliche Angriffe auf Sudetendeutsche und ihre Einrichtungen in den frühen Jahren der Republik keineswegs ungewöhnlich waren. Sie wurden aber auch nicht gleichberechtigt behandelt.⁶ Auf vielfältige Weise versuchten der Staat von oben und tschechische Nationalisten von unten, die deutsche Kultur aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Insbesondere strebte man danach, den Anteil der offiziell registrierten Deutschen in jedem Bezirk auf administrativen Wegen unter die entscheidende 20 Prozent-Marke zu drücken, die nach dem Gesetz für die formale Anerkennung als nationale Minderheit notwendig war. Die Historikerin Tara Zahra schreibt hierzu: «Tausende von Bürgern, die sich bei der Volkszählung

von 1921 als Deutsche registrieren ließen, wurden Verhören, Bußgeldern und Inhaftierungen wegen der illegalen Angabe einer ‹falschen› Nationalität unterzogen.» Die Bußgelder waren meist bescheiden, gewöhnlich ein Wochenlohn, und die Inhaftierungen kurz, dennoch «wurden in allen Fällen, in denen Menschen für die Angabe einer falschen Nationalität mit Bußgeldern oder Haft bestraft wurden, erklärte Deutsche zu Tschechen gemacht». ⁷ Bei der nächsten Volkszählung 1930 gab es noch größere ethnische Manipulationen. Eine Untersuchung des Innenministeriums fand heraus, dass Volkszähler in Brno (Brünn) 1145 Unterschriften gefälscht und weitere 2377 Personen falsch klassifiziert hatten, um den deutschen Einwohneranteil der Stadt knapp unter die 20 Prozent-Grenze zu drücken. Die Regierung in Prag versuchte ihrerseits, die ethnische Zusammensetzung des Sudetenlands aufzulockern, indem sie tschechische Beamte mit ihren Familien dorthin versetzte. Gleichzeitig wurden Zehntausende deutsche Beamte entlassen und durch Tschechen ersetzt, weil sie entweder nicht die neuen Prüfungen in tschechischer Sprache und Kultur bestanden hatten oder Denunziationen, zu denen offiziell ermutigt wurde und die zahlreich eingingen, zum Opfer fielen. Auch deutsche Schulen wurden zum Teil geschlossen. Schließlich bevorzugte eine umstrittene Landreform tschechische und slowakische Bauern auf Kosten der deutsch- und ungarischstämmigen. Zbyněk Zeman fasst es so zusammen: «Eine ursprünglich sozialpolitische Maßnahme wurde bei der Umsetzung zu einer volkspolitischen.» ⁸ «Zwischen den Kriegen hatten tschechische Nationalisten endlich die Gelegenheit, nationalistische Fantasien ohne den mäßigenden Einfluss eines neutralen Staates zu verwirklichen», schreibt Tara Zahra. ⁹

[...]